

Offizieller Besuch

Bundespräsident
Alain Berset kommt
nach Liechtenstein

VADUZ Am kommenden Montag, den 5. März, wird der Schweizer Bundespräsident Alain Berset mit seiner Gattin Muriel Zeender Berset zu einem offiziellen Besuch nach Liechtenstein reisen. Wie die Liechtensteinische Botschaft in Bern am Freitag weiter mitteilte, startet das Programm mit einem Empfang des Bundespräsidenten auf dem Schloss und umfasst ein Arbeitsgespräch mit Regierungschef Adrian Hasler, der anschliessend zum Mittagessen im Beisein von Regierungsrätin Aurelia Frick und Regierungsrat Mauro Pedrazzini einladen wird. Am Abend geben dann Erbprinz Alois und Erbprinzessin Sophie für das Bundespräsidentenpaar und Vertreter von Landtag und Regierung ein Essen auf Schloss Vaduz. (red/ikr)

Im Februar

Bis zu 2,1 Promille:
Zehn nicht fahrfähige
Lenker aus dem
Verkehr gezogen

VADUZ Der Landespolizei fielen im Februar zehn nicht fahrfähige Lenker im Alter von 19 bis 54 Jahren bei Kontrollen oder Verkehrsunfällen auf. «Sieben davon lenkten ihr Fahrzeug unter Alkoholeinfluss und drei waren unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln unterwegs. Fünf dieser fehlbaren Lenker verursachten einen Unfall. Die Promillewerte aller unter Alkoholeinfluss stehender Lenker beliefen sich von 0,9 bis 2,1 Promille», teilte die Landespolizei am Freitag mit. (red/lpfl)

Aus der Region

Radfahlerin von
Auto umgefahren

BUCHS Auf der Schulhausstrasse in Buchs prallte am Freitagmorgen ein Auto gegen ein Fahrrad. Die 16-jährige Radfahlerin wurde dabei unbestimmten Grades verletzt und musste ins Spital gebracht werden, wie die Kantonspolizei St. Gallen am Freitag weiter mitteilte. Zum Unfallhergang: Eine 70-jährige Autofahlerin war den Angaben zufolge vom Zentrum kommend auf der Schulhausstrasse unterwegs. Bei der Kreuzung Pfrundgutstrasse bemerkte sie die von rechts kommende, vortrittsberechtigte Velofahlerin zu spät. Trotz Vollbremsung prallte das Auto gegen die Velofahlerin. Diese stürzte und wurde dabei verletzt. (red/pd)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig,
um in Vergessenheit
zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Kindsmagd

BABYSITTER

KUNNSCH MER AMOL GI KINDSMÄGLA?
DO LUAG, KASCH AM POPPILE SCHO MOL A
BUDDLE GEH.

Ein Land für künftige Generationen:
Regierung präsentiert Pläne für SDG

Umsetzung Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) in der UNO-Agenda 2030 sollen eine gerechtere Welt mit weniger Ungleichheit schaffen. Liechtenstein unterstützt diese und hat sie jetzt auch in der aktuellen Regierungsarbeit verankert.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Bereits bei deren Verabschiedung im September 2015 bekannte sich Liechtenstein, vertreten durch Regierungschef Adrian Hasler, zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG): «Wir versprechen zukünftigen Generationen nicht weniger als ein besseres Leben», betonte er damals. Auch in der neuen Zusammensetzung möchte die liechtensteinische Regierung dies aufrechterhalten. Diesmal war es Regierungsrätin Aurelia Frick, die dieses Bekenntnis im Rahmen einer gestrigen Pressekonferenz bei der Elkuch Josef AG erneuerte. «Wir müssen uns die Frage stellen, welches Liechtenstein wir künftigen Generationen übergeben wollen», hob Frick den Gedanken hinter dem Einsatz für die nachhaltigen Entwicklungsziele hervor. Es seien schliesslich Themen, die jeden betreffen. Liechtenstein sei Teil des grossen Ganzen, weshalb die Ziele auch im Regierungsprogramm 2017-2021 verankert wurden. Dabei wurde entschieden, sich auf acht konkrete Ziele zu konzentrieren, bei denen in Liechtenstein besonders viel bewegt werden könne. Welche das sein werden, wurde vergangene Woche per Regierungsbeschluss festgelegt: Es handelt sich um hochwertige Bildung für alle, Gleichstellungspolitik, sauberes Wasser für alle, bezahlbare und saubere Energieträger, Innovation und Infrastruktur, Integration und Migration, Konsum und Produktion sowie Klimaschutz.

Umsetzung läuft

Einige der Ziele seien auch bereits in Umsetzung, erklärte Frick und



Regierungsrätin Aurelia Frick und Manuel Elkuch (Geschäftsleitungsmitglied der Elkuch Josef AG). (Foto: Michael Zanghellini)

brachte ein Thema vor, das ihr im Bereich der Migrationsursachenbekämpfung am Herzen liege, nämlich die internationale Solidarität und humanitäre Tradition Liechtensteins. Liechtenstein habe sich schon lange für einen Entwicklungshilfeanteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bekannt. War jedoch 2015 mit 0,46 Prozent weit davon entfernt. Die Regierung stehe hinter der ursprünglichen Zielsetzung und habe deshalb das Amt für Auswärtige Angelegenheiten mit dem Regierungsbeschluss beauftragt, Massnahmen vorzuschlagen, damit der Anteil mittelfristig über 0,5 Prozent bleibt und diesen nicht mehr unterschreite, so die Regierungsrätin. Auch im Bereich «Sauberes Wasser» seien mit der Initiative «Waterfootprint Liechtenstein», also dem Verzicht auf abgefülltes Mineralwasser in der Landesverwaltung, erste Schritte gesetzt worden. Damit im Rahmen der SDG tatsächlich etwas vorwärtsgehe, genüge es

jedoch nicht, dass sich die Regierung verpflichte, sondern es sei wichtig, dass die ganze Landesverwaltung mitarbeite. Aber auch das reiche nicht, führte Frick aus und betonte: «Wir brauchen die Industrie und Wirtschaft, den Finanzplatz, die ganze Gesellschaft und schlussendlich jeden Einzelnen von uns, damit wir als Land das erreichen können.» So auch beim «Waterfootprint» von «drink & donate», denn hier können Bürger mit einer Spende von 50 Franken Menschen in anderen Ländern für ein Jahr Zugang zu frischem Trinkwasser ermöglichen. Aktuell würde das Projekt 6300 Personen mit Trinkwasser versorgen. «Ich fände es ein schönes Signal, wenn wir im Rahmen von 300 Jahre Liechtenstein für jeden Einwohner im Land einer Person im Ausland Zugang zu frischem Trinkwasser ermöglichen könnten», ergänzte die Regierungsrätin. Aber auch sonst könne jeder Einzelne etwas beitragen. Sie selbst achte beispielsweise zu Hause darauf, so we-

nig Plastikmüll wie möglich zu erzeugen. Denn gerade bei nachhaltigem Konsum spiele auch das Recycling eine entscheidende Rolle, so Frick mit Blick auf das Recyclingcenter der Elkuch Josef AG.

Langfristige Wirkung

All dies seien kleine Schritte, die vielleicht zuerst vor allem kosten und deren Wirkung sich nicht in Legislaturperioden messen lassen. Aber darum gehe es nicht, bekräftigte Frick gegen Ende der Pressekonferenz noch einmal. Es gehe darum, welches Land und welche Welt wir in die Hände der heutigen Kinder legen wollen, wenn sie einmal erwachsen sind, erklärte sie. «Meine Generation durfte - als ich 20 Jahre alt wurde - ein Land übernehmen, das in Bezug auf Nachhaltigkeit und Konsum, Geschlechtergleichstellung sehr bewusst war und ich hoffe, dass wir künftigen Generationen ein Land übergeben können, das in ganz vielen von diesen Bereichen sich selbst auch so bewusst ist.»

Menschenrechte als
Basis einer nachhaltigen
und freien Gesellschaft

Sitzung Regierungsrätin Aurelia Frick nahm zu Beginn dieser Woche am hochrangigen Treffen des UNO-Menschenrechtsrats in Genf teil.

Für Liechtenstein sei es besonders wichtig, dass die internationale Staatengemeinschaft die Augen nicht vor schwersten Menschenrechtsverletzungen, wie sie in Syrien und anderen Ländern geschehen, verschliesse, betont das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur in seiner Aussendung. Die grossen Migrationsströme im Jahr 2015 hätten vor Augen geführt, dass diese Konflikte alle betreffen. Es sei im Interesse aller Staaten, sie dauerhaft zu beenden oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Unterschiedliche Wertvorstellungen

Die verschiedenen Reden vor dem Menschenrechtsrat hätten jedoch auch deutlich die unterschiedlichen Positionen der UNO-Mitgliedsstaaten gegenüber den Menschenrechten gezeigt. Immer mehr Staaten würden der Bedeutung der universellen Prinzipien wie der Gleichheit und der unantastbaren Würde eines jeden Menschen nicht mehr dieselbe Bedeutung zumessen. Andere hätten betont, dass Menschenrechtsverletzungen am Beginn vieler Konflikte ste-

hen und frühe Warnsignale darstellen. Nachhaltige Entwicklung und die Verhinderung von grossen Flucht- und Migrationsbewegungen fange jedoch beim Respekt der Menschenrechte an. Regierungsrätin Frick machte in ihrer Rede deutlich, dass für Liechtenstein der weltweite Respekt der Menschenrechte die Basis für eine freie und nachhaltige Gesellschaft sei. «Die Gleichstellung der Geschlechter», so die Regierungsrätin weiter, «ist nicht nur ein Teil davon, sondern eine wichtige Investition in unsere Zukunft.» Dass jedes Land einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Menschenrechte leisten könne, zeige Liechtensteins Einsatz gegen die Straflosigkeit für schwerste Verbrechen in Syrien.

Gespräch mit Hochkommissar

Am Rande der Konferenz traf sich Regierungsrätin Aurelia Frick zudem mit dem Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad al-Husseini, zu einem Meinungsaustausch. Im Gespräch habe sich der Hochkommissar laut Aussendung für die positive Rolle Liechtensteins bei der



Regierungsrätin Aurelia Frick spricht vor dem Menschenrechtsrat. (Foto: PM Vivot)

Stärkung der Menschenrechte und der internationalen Strafjustiz bedankt. Die Regierungsrätin nutze den Aufenthalt in Genf ausserdem für bilaterale Treffen, unter anderem mit der Aussenministerin Norwegens und den Aussenministern Islands und Dänemarks. Die Treffen hätten besonders dazu gedient, die Anliegen Liechtensteins und der EWR/EFTA-Staaten bei den Entwicklungen rund um den Brexit zu erläutern, so die Aussendung. Im Treffen mit dem dänischen Aussenminister Anders Samuelsen habe die Aussenministerin erneut Liechtensteins

Anliegen, ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Dänemark abzuschliessen, unterstrichen.

Hochrangiges Treffen

Rund 100 Staatsoberhäupter, Ministerinnen und Minister sowie hochrangige Vertreter von internationalen Organisationen nahmen am Treffen teil, um aktuelle Herausforderungen des globalen Menschenrechtsschutzes zu besprechen. Der Menschenrechtsrat hat die Aufgabe, Menschenrechte weltweit zu fördern und zu schützen sowie auf kritische Ländersituationen zu reagieren. (ikr/alb)